

# Verschleppten die Piraten ihre deutschen Geiseln aufs Festland?

Bewegung im Fall des gekaperten Frachters "Hansa Stavanger" - Politiker fordern entschiedeneres Vorgehen gegen Seeräuber - Konferenz zu Somalia in Brüssel

Von Ansgar Graw

Berlin - Im Fall des Anfang April von Piraten gekaperten deutschen Frachters "Hansa Stavanger" gibt es Bewegung - ob sich die Aussichten der in Geiselhaft genommenen Besatzung dadurch verbesserten oder verschlechterten, blieb dabei zunächst unklar. Nach Informationen der Nichtregierungsorganisation Ecoterra wurden die Geiseln nahezu vollzählig auf das somalische Festland verschleppt. Ob auch der Deutsche Kapitän und die vier deutschen Offiziere darunter sind, ist unbekannt. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes wollte sich zur aktuellen Situation nicht äußern und sagte lediglich, der Krisenstab versuche "alles", um zu einer Freilassung der Geiseln zu kommen.

Laut Ecoterra wurden 20 der insgesamt 24 Seeleute aus Furcht vor einer Befreiungsaktion von den Piraten an Land gebracht. Weiterhin befänden sich aber "vier wichtige Besatzungsmitglieder" an Bord des Frachters in einer Bucht in der Nähe von Haradhere vor der Küste Somalias. Haradhere in der Region Puntland gilt als Piratenhochburg.

Angesichts der Zunahme von Überfällen vor der Küste Somalias fordern deutsche Politiker ein härteres Vorgehen gegen die Piraten. Der Unionsinnenexperte Hans-Peter Uhl wollte gar wissen, die Bundesregierung habe eine härtere Gangart im Kampf gegen die Piraterie beschlossen. "Piraten werden künftig mit allen militärischen und polizeilichen Mitteln bis hin zum Einsatz von Anti-Terror-Einheiten hart bekämpft", sagte der CSU-Abgeordnete der "Neuen

Osnabrücker Zeitung". Vizeregierungssprecher Thomas Steg erklärte hingegen, von einem solchen Beschluss nichts zu wissen. Aber auch er schloss eine gewaltsame Befreiung der fünf deutschen Geiseln nicht aus. Alle Möglichkeiten würden "gewissenhaft" geprüft, sagte Steg am Freitag in Berlin. In erster Linie sei sicherzustellen, dass deutsche Staatsbürger möglichst rasch und unversehrt in Freiheit gelangen können.

Auch der FDP-Maritimexperte Rainer Stinner wirbt für ein robusteres Vorgehen gegen die Piraten. "Die Franzosen haben uns vorgemacht, dass man gezielt gegen die Mutterschiffe der Piraten vorgehen kann", sagte Stinner der WELT unter Verweis auf einen entsprechenden Coup der französischen Marine am Mittwoch. Von Mutterschiffen, die weit vor der Küste operieren, starten Piraten bevorzugt mit Schnellbooten, um insbesondere zivile Frachtschiffe anzugreifen.

Doch von der Idee des "Schiffchenversenkens" will auch Stinner nichts wissen. "Es geht darum, die Mutterschiffe außer Gefecht zu setzen", so der Liberale. "Vom 'Versenken' habe ich nie gesprochen."

Sollte es gleichwohl zu einer militärischen Eskalation kommen, in der ein Piratenschiff durch die deutsche Marine versenkt würde und Menschen ums Leben kämen, möchte man sich im Verteidigungsministerium "gar nicht vorstellen, welche Reaktionen es dann in der FDP gäbe". So wird in Bundeswehrkreisen an den Fall eines vermeintlichen Piratenmutterschiffs erinnert, das im

vergangenen November von der indischen Fregatte "INS Tabar" versenkt wurde. Eine Woche später stellte sich heraus, dass es sich tatsächlich um einen entführten thailändischen Trawler handelte. Von ihm aus hatten Piraten zwar Schüsse abgefeuert. Aber mit ihnen starben mutmaßlich 15 thailändische Seeleute. "In der deutschen Öffentlichkeit wäre die Hölle los, wenn unserer Marine so etwas passieren würde", heißt es dazu im Verteidigungsministerium.

Stinner beschränkt sich daher auf die Forderung, mutmaßliche Piratenmutterschiffe "außer Gefecht" zu setzen. "Ob das durch den Einsatz von Kampfschwimmern geschieht, die ein solches Mutterschiff übernehmen, oder durch gezielte Schüsse in die Ruderanlage, die das Schiff manövrierunfähig machen, müssen die Militärs vor Ort entscheiden."

Mehrere von Deutschland nach Kenia überstellte somalische Piraten bekommen mutmaßlich doch keinen deutschen Rechtsbeistand. Ausländische Strafverteidiger seien in Kenia grundsätzlich nicht zugelassen, teilte das Auswärtige Amt dem Frankfurter Rechtsanwalt Oliver Wallasch am Freitag laut Nachrichtenagentur AFP mit. Unter dem Eindruck der Piratenüberfälle haben EU und Vereinte Nationen eine internationale Geberkonferenz für das ostafrikanische Land einberufen. Sie finde am Donnerstag in Brüssel statt, ließ der EU-Außenbeauftragte Javier Solana mitteilen.

"Die Franzosen haben es uns vorgemacht" Rainer Stinner, FDP